

Susanne Niebuhr WIR für Uelzen - Ratsfrau im Rat der Stadt Uelzen

Ratsfrau
Susanne Niebuhr

Susanne Niebuhr WIR für Uelzen - Ratsfrau im Rat der Stadt Uelzen
Schuhstraße 32 • 29525 Uelzen

Schuhstr. 32
29525 Uelzen

Stadt Uelzen
Herrn Bürgermeister Jürgen Markwardt
Herzogenplatz 2

Telefon / Fax:
(0581) 3 89 08 85

E-Mail:
info@wir-fuer-uelzen.de

29525 Uelzen

Antrag betreffend die Verträge zwischen der Stadt Uelzen und HBB

Uelzen, den 07.11.2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Markwardt,

hiermit stelle ich folgenden Antrag zur Behandlung in den Gremien des Rates der Stadt Uelzen:

Sofern HBB die von der Verwaltung mehrfach verlängerte Frist zur Benennung eines Ankermieters „Elektrofachmarkt“, aktuell auslaufend, nicht eingehalten hat,

entscheiden nicht die Verwaltung, sondern die Gremien des Rates der Stadt Uelzen über

- 1. Wahrnehmung des Kündigungsrechtes lt. Städtebaulichem Vertrag
oder**
- 2. eine Auflösung des Vertrages als Vergleich
oder**
- 3. nochmalige Verlängerung der Frist zur Benennung eines Ankermieters und konkrete Benennung der Konsequenzen wie unter 1. oder 2., falls HBB wiederum die unter 3. genannte nochmalige Frist verstreichen lässt.**

Die Aussage der Verwaltung, es bestünden von Seiten der Stadt keine Kündigungsmöglichkeiten mehr, teile ich aufgrund folgender Ausführungen nicht. HBB hat die Verpflichtung nicht erfüllt, beide Ankermieter konkret nachzuweisen.

HBB hat zwar damals wie vertraglich gefordert einen Ankermieter Elektrofachmarkt nachgewiesen, im Nachhinein aber den Rücktritt dieses Mieters bekanntgegeben. Zwischenzeitlich hat HBB mehrfach von der Verwaltung nachträglich gewährte Fristen verstreichen lassen. Zunächst waren es mehrmonatige Fristen, inzwischen sind wir bei monatlichen Nachfristen angelangt.

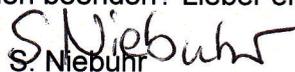
Um weiteren Schaden für die Stadt Uelzen abzuwenden, sehe ich dringenden Handlungsbedarf der Ratsgremien – selbst wenn keine Kündigungsmöglichkeit bestünde (was ich aber wie oben genannt nicht sehe). Die Angelegenheit scheint mir festgefahren bis hilflos. Keine der Vertragsparteien hat etwas davon, wenn die Kosten immer weiter steigen und wir im Endeffekt dort wie in der Innenstadt halbleere Gebäude vorfinden.

Seit mehr als fünfzehn Jahren werden diverse andere Lebensmittelgeschäfte sowie auch die Ansiedlung eines Elektrofachmarktes in der Innenstadt schon im Vorfeld oder bei konkreter Bauvoranfrage ablehnend beschieden bzw. Bebauungspläne vorsorglich zur Verhinderung anderer Objekte geändert. Aktuell soll der Bebauungsplan Güterbahnhof Ost geändert werden, sodass dort begründet zu befürchten ist, dass der vorhandene Komplex dort von der Stadt verschuldet zumindest beeinträchtigt wird.

HBB werden Chancen ohne Ende gegeben, andere bekommen gar nicht erst eine Chance, einen Betrieb zu eröffnen bzw. umzugestalten. Seit Jahren wird mit zweierlei Maß gemessen. Müssen wir uns als Rat nicht endlich konkret die Frage stellen, ob wir uns nicht schuldig an Uelzen machen sowie an den Bauherren, deren Vorhaben verhindert oder zugunsten anderer eingeschränkt werden?

Warum nicht das Tauziehen beenden? Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Mit freundlichen Grüßen


S. Niebuhr

Kopie: Ratsmitglieder, Presse